

## Hajo Martens

### Hatte de Gaulle doch recht? Hat nur ein "Europa der Vaterländer" eine Überlebenschance?

Leider leben wir heute in sehr aufgeregten Zeiten - da wird schnell etwas für "alternativlos" erklärt und wer anderer Meinung ist, muss sich moralische Vorhaltungen gefallen lassen. So ist es auch mit dem "vereinten Europa". An sich eine fantastische Idee - und man kann noch heute die Begeisterung vor allem der jungen Menschen nach 1945 verstehen, die "nie wieder Krieg" wollten - und dazu hat all das sicher beigetragen, was schließlich zu einer "Europäischen Union" geführt hat.

Kaum jemand kann sich heute noch vorstellen, dass sich Fischerboote verschiedener europäischer Länder um Fanggebiete streiten und die jeweiligen Marinestreitkräfte zu Hilfe eilen. Auch alle anderen Konflikte zwischen den Mitgliedsstaaten der EU werden allenfalls wegen langer nächtlicher Sitzungen zu einer Nervenprobe - nicht aber wegen möglicher militärischer Verwicklungen.

Leider neigen gute Dinge genauso zu Übertreibungen wie schlechte - und so hat sich seit einiger Zeit in den maßgeblichen Kreisen von Politik und Journalismus die Auffassung durchgesetzt, immer mehr Europa führe zu immer mehr Fortschritt.

Dabei hat man allerdings einen entscheidenden Fehler gemacht, als man auf den Gedanken kam, erst gewissermaßen ein Kind in die Welt zu setzen und dann nach ausreichender Tiefen-Gemeinsamkeit und einem engen gemeinsamen Leben zu suchen. So schuf man den Euro, obwohl es keine dafür notwendige gemeinsame Finanzpolitik der beteiligten Länder gab. Das werde schon noch kommen. Aber wie bei einem gemeinsamen Kind, das man im Gefühls-Überschwang einer Nacht gezeugt hat, so ist es auch bei diesem Euro: Er war dann da - aber jeder schaute auf den eigenen Nutzen.

Das führte dann dazu, dass die Länder Südeuropas gerne die plötzlich wegen der neuen Gemeinschaftswährung niedrigen Kreditzinsen nutzten, um günstig an Geld zu kommen, das nicht immer optimal eingesetzt wurde. So stiegen die Schulden - und irgendwann griff dann die gemeinsame Zentralbank ein und sorgte künstlich für niedrige Zinsen, indem man mehr oder weniger direkt selbst Staatsanleihen aufkaufte. Und wenn viele so etwas haben, können die Staaten sie zu niedrigeren Zinsen anbieten. Aktuell sind wir praktisch bei 0% angelangt - und die ersten Staatspapiere bringen den Geldgebern nach Ablauf der "Leihzeit" sogar weniger Geld, als sie bereitgestellt haben.

Und damit sind wir bei einem zentralen Problem einer "übernationalen" Gemeinschaft. Nationen waren mal etwas wie große Familien. Man konnte sich ihnen übrigens auch anschließen, wie man in eine Familie einheiratete. Aber das war immer ein langer Prozess, bei dem man einiges an Anpassungsbereitschaft mitbringen musste. Man wird in einen Verein eben nur aufgenommen, wenn dessen Mitglieder der Meinung sind, dass man zu ihnen passt.

Das führt dann auch zu einem gewissen Zusammenhalt: Die Mitglieder achten schon drauf, dass keiner den anderen übers Ohr haut - schließlich kennt man sich, übernimmt gemeinsam Verantwortung etwa für Projekte.

EU-Europa ist dagegen zu einer fernen Instanz geworden, die kaum mitbekommt, was sich an ihren Rändern oder auch sonstwo im Detail tut. Da werden dann schon mal Talsperren gebaut, die nie richtig Wasser halten werden - oder es werden Autobahnen gebaut, die zwar die vorgeschriebenen EU-Richtwerte beachten, aber auf denen kaum jemand fährt.

Brüssel ist weit weg und kümmert sich kaum darum. Welcher der hochbezahlten Beamten hat schon Lust, noch kurz vor dem Wochenende irgendeine abgelegene Gegend zu besuchen - es reicht doch, wenn man die von dort vorgelegten Berichte liest.

So hat eben auch keiner rechtzeitig gemerkt, dass in Mitgliedsländern ganz systematisch die Statistiken gefälscht wurden. Die dafür Verantwortlichen fühlten sich eben sich selbst und ihren Freunden, Genossen oder Landsleuten am nächsten.

Schon die Sowjetunion ist daran gescheitert, dass alles von einer Zentrale aus geregelt und geplant werden sollte - und unten konnte man sich nur retten, indem man eben improvisierte - bis hin zu den Berichten an die Zentrale.

Und dann die Sache mit der Demokratie: Voll Stolz präsentiert man ein "Europäisches Parlament", das in wesentlichen Punkten nicht die Grundanforderungen echter Demokratie erfüllt. Da ist zum einen die One-man-one-vote-Regel: Aber luxemburgische Wahlstimmen zählen viel stärker als etwa deutsche, weil sonst kaum ein Luxemburger ins EP einziehen würde. Kaum jemand moniert hier, dass plötzlich national gedacht wird, statt dass sich die Luxemburger mit ausreichend vielen europäischen Nachbarn zusammenschließen - und dann eben auch einen Abgeordneten nach Straßburg schicken können.

Und dann aktuell die Flüchtlingskrise: Statt dass ernsthaft und kontrovers über den Umgang mit den Migrationswilligen aus dem Nahen und Mittleren Osten und Afrika nachgedacht wird, kommt es zu einsamen Spontanentscheidungen. Die dabei entstehenden Anlock-Effekte werden nicht bedacht - und schon hat man ein immer größeres Problem - und jetzt kommt das Härteste: Statt wie überall sonst in der Welt die eigenen Grenzen selbst zu schützen, überlässt man es den Nachbarstaaten, einem die Flüchtlingsmassen vom Hals zu halten. Damit verletzt man zum einen die eigenen Grundregeln, nämlich sorgfältig zu prüfen, wer ein Anrecht auf Schutz hat. Zum anderen macht man sich abhängig von Ländern, die nicht im Traume daran denken, andere in die eigenen Verhältnisse hineinregieren zu lassen. Es werden also Deals gemacht, die davon ausgehen, der andere werde schon irgendwie alles richtig machen und dabei genügend Rücksicht auf die eigenen Interessen, in diesem Falle die der EU, nehmen.

Neben der an vielen Stellen sichtbaren Unfähigkeit, ein riesiges Gebiet mit sehr unterschiedlichen Gegebenheiten ausreichend im Blick zu behalten und einen wirklichen Interessenausgleich zwischen den einzelnen Staaten herzustellen, kommt ein völlig überzogener Anspruch, man werde woanders Fluchtursachen bekämpfen können. Wie soll einem schwerfälligen 28-Staaten-Gebilde das gelingen, was Großmächten nicht oder nur teilweise gelingt.

Halten wir also fest: Zusammenarbeit ist etwas Wunderbares - und keiner will zu einem Europa zurück, das sich misstrauisch bäugt und ggf. auch zu den Waffen greift - und wenn auch nur politischen oder wirtschaftlichen. Aber es ist nun einmal so, dass einer der Gründe für den Aufstieg Europas seine Vielfalt war - und die enge Beziehung in den Verantwortungsgemeinschaften der einzelnen Nationen. Wissenschaftler haben inzwischen herausgefunden, wie wichtig eine enge Gemeinschaft ist für die Bereitschaft, Rücksicht auch auf die anderen zu nehmen. Wenn man aber eine künstliche Gemeinschaft betreibt, ohne dass es dafür eine gemeinsame historisch gewachsene kulturelle Grundlage gibt, kann das nur zu Problemen und Konflikten führen.

Kein Mensch käme auf den Gedanken, die Fußballvereine der Bundesliga zu einem gemeinsamen Bundesligaverein zu vereinen, dessen Teilmannschaften dann sich in irgendwelchen Freundschaftsspielen die Punkte nach Vorgaben teilen. Ganz im Gegenteil: Die Fußballanhänger wollen die enge Anbindung an ihren Verein, sie brauchen Siege und genießen auch manchmal die Niederlagen anderer. So sind die Menschen - und das ist auch in Ordnung, solange Grenzen der Fairness nicht überschritten werden.

Kehren wir also zu einem Europa der Vaterländer zurück, wie de Gaulle es wollte. Er sprach noch das offen aus, was heute jeder Einsichtige weiß: Das große Frankreich wird nie seine Selbstständigkeit aufgeben und schon gar nicht seine Atomwaffen - der Euro hatte vor allem die Funktion, die mächtige deutsche Bundesbank mit ihrer starken D-Mark auszuschalten. Es wäre jetzt an der Zeit, den Unsinn-Euro aufzugeben und die damit verbundenen Währungsprobleme auf andere Weise zu lösen. Der Euro war immer ein politisches Projekt - finanztechnisch hätte es gereicht, eine gemeinsame Verrechnungseinheit wie den ECU weiter zu verwenden. Dann wäre jedes Land weiter für sich und seine eigene Währung verantwortlich gewesen - man hätte als nationale Gemeinschaft orgentlich gewirtschaftet oder auch einige Zeit über seine Verhältnisse gelebt - dann hätte man die Währung abgewertet und wäre wieder leistungsfähig geworden. Griechenland ging es jedenfalls vor dem Euro sehr viel besser als unter dem Diktat ferner Kapitalgeber.

Vaterländer würden dann auch ganz offen für die Interessen primär ihrer Bürger eintreten und sich damit auf Dauer die Fähigkeit erhalten, auch Menschen in Not zu unterstützen. Nur ein festes Gemeinschaftsgefühl mit klarer Identität, der sich andere gerne anschließen können, schafft und sichert Fortschritt und Wohlstand. Multikulti ist nicht gescheitert, es ist nur auf eine falsche Grundlage gestellt worden. Verständnis und Gemeinsamkeit können nur auf Augenhöhe und bei fairem Interessenausgleich entstehen - und je kleiner und überschaubarer die Einheiten sind, verbunden durch gemeinsame Ideale und eine gemeinsame Geschichte, desto besser funktionieren sie. Deshalb also "Vaterländer" oder gerne auch "Mutterländer" - aber keine bürokratische und ideologisch abgehobene "Unionen", in denen jede Verantwortung versinkt, solange es genügend Quellen gibt, mit deren Hilfe man die selbstverschuldeten Problemzonen fluten kann.

Und wegen der am Anfang angesprochenen "aufgeregten Zeiten", in denen man gerne schnell in irgendwelche Ecken gestellt wird:

Wünschenswert ist ein Europa, das eng zusammenarbeitet, das auch Institutionen hat, die den Austausch und das Verständnis untereinander fördern. Gerne kann dabei auch auf Dauer ein europäischer Bürger entstehen - aber solange es den nicht gibt und bis auf Deutschland und ein paar andere Länder niemand daran denkt, sich selbst aufzugeben, sollten die Völker der einzelnen Länder weiter letztlich das Sagen haben und für ihr Schicksal weitestgehend selbst verantwortlich sein und auch entsprechend handeln. Das schließt Solidarität nicht aus - aber wie im wirklichen Alltagsleben - und nicht über undurchschaubare Zwangssysteme.